



Amtsblatt

für den

Landkreis Hannover

JAHRGANG 1983

HANNOVER, DEN 23. JUNI 1983

NR. 25

INHALT

SEITE

A) SATZUNGEN, VERORDNUNGEN UND BEKANNTMACHUNGEN DES LANDKREISES HANNOVER

B) SATZUNGEN UND BEKANNTMACHUNGEN DER STÄDTE UND GEMEINDEN

1. Stadt Barsinghausen

Bauleitplanung der Stadt Barsinghausen 285
hier: 1. (vereinfachte) Änderung des Bebauungsplanes Nr. 78
„Adolf-Grimme-Schule“

Bauleitplanung der Stadt Barsinghausen 285
hier: 4. (vereinfachte) Änderung des Bebauungsplanes Nr. 8
„Auf der Sehlworth“

2. Gemeinde Burgwedel

3. Änderungssatzung zur Satzung über die Entschädigung bei 285
ehrenamtlicher Tätigkeit für die Gemeinde Burgwedel

3. Gemeinde Hemmingen

Bekanntmachung der Auslegung des Straßenbestandsverzeichnisses 286
der Gemeinde Hemmingen

4. Stadt Laatzen

Haushaltssatzung der Stadt Laatzen für das Haushaltsjahr 1983 286

5. Stadt Lehrte

1. Nachtrag zur Gebührenordnung für die Straßenreinigung 287
in der Stadt Lehrte vom 8.11.1978

6. Stadt Pattensen

61	3. (vereinfachte) Änderung des Bebauungsplanes Nr. 132, Die Kluß, im OT Pattensen	287
----	--	-----

61	1. (vereinfachte) Änderung des Bebauungsplanes Nr. 117, Gewerbegebiet II, OT Pattensen	288
----	---	-----

7. Stadt Ronnenberg

	Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Kindergärten der Stadt Ronnenberg vom 13.11.1975 (2. Änderung)	289
--	---	-----

8. Stadt Seelze

	2. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 3 für den Stadtteil Lohnde der Stadt Seelze	289
--	---	-----

9. Stadt Springe

	Bauleitplanung der Stadt Springe Bebauungsplan Nr. 13 A „Bergfeld III, OT Bennigsen 2. Änderung; Bekanntmachung der Genehmigung gemäß § 12 des Bundesbaugesetzes (BBauG)	291
--	--	-----

10. Gemeinde Wennigsen (Deister)

	Auslegung des Straßenbestandsverzeichnisses der Gemeinde Wennigsen (Deister)	292
--	---	-----

11. Stadt Wunstorf

	Auslegung des Straßenbestandsverzeichnisses der Stadt Wunstorf	292
--	--	-----

C) SONSTIGE BEKANNTMACHUNGEN

1. Grundsteuer

- a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe
(Grundsteuer A) 300 v.H.
- b) für die Grundstücke
(Grundsteuer B) 300 v.H.

2. Gewerbesteuer 350 v.H.

Laatzen, den 18.04.1983

STADT LAATZEN

Lecke
Bürgermeister

Panitz
Stadtdirektor

Die vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 1983 wird hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Die nach § 6 Abs. 3 in Verbindung mit § 92 Abs. 2 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) und der Verordnung über die Genehmigungspflicht der Realsteuerhebesätze erforderliche Genehmigung ist durch den Landkreis Hannover am 15.06.1983 - Az.: 15/15 14 21/1 (8) - hinsichtlich der §§ 2 und 5 erteilt worden.

Der Haushaltsplan 1983 liegt nach § 86 Abs. 2 Satz 3 NGO ab 27.06.1983 bis einschließlich 06.07.1983 zur Einsichtnahme im Rathaus der Stadt Laatzen in 3014 Laatzen 1, Marktplatz 13 (4. OG., Zimmer 410), öffentlich aus.

Laatzen, den 16.06.1983

STADT LAATZEN

Der Stadtdirektor
Panitz

L.S.

5. Stadt Lehrte

1. Nachtrag zur Gebührenordnung für die Straßenreinigung in der Stadt Lehrte vom 8.11.1978

Aufgrund der §§ 6 und 83 der Niedersächsischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 22.6.1982 (Nds. GVBl. S. 230) in Verbindung mit § 5 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes vom 8.2.1973 (Nds. GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch § 80 Abs. 1 Ziffer 25 des Niedersächsischen Verwaltungsvollstreckungsgesetzes vom 2.6.1982 (Nds. GVBl. S. 139), hat der Rat der Stadt Lehrte am 1. Juni 1983 folgenden 1. Nachtrag zur Gebührenordnung für die Straßenreinigung in der Stadt Lehrte vom 8.11.1978 beschlossen:

§ 1

§ 4 erhält folgende Fassung:

Gebührenhöhe

Die Straßenreinigungsgebühr beträgt jährlich je Meter Straßenfront bei Reinigung und Winterdienst 3,- DM. Wird nur der Winterdienst durchgeführt, ermäßigt sich der Gebührensatz auf 0,48 DM.

§ 2

Dieser 1. Nachtrag tritt am 1.1.1984 in Kraft.

Lehrte, den 1. Juni 1983

STADT LEHRTE

Schmezzo
Bürgermeister

L.S.

Rückert
Stadtrat
als allgem. Vertreter
des Stadtdirektors

6. Stadt Pattensen

3. (vereinfachte) Änderung des Bebauungsplanes Nr. 132, Die Kluß, im OT Pattensen

Der Rat der Stadt Pattensen hat in seiner Sitzung am 08.06.1983 die 3. (vereinfachte) Änderung des Bebauungsplanes Nr. 132, die Kluß, einschließlich der Begründung gemäß § 10 Bundesbaugesetz (BBauG) als Satzung beschlossen.

Das Gebiet der Bebauungsplanänderung umfaßt die Grundstücke Klußweg Nr. 25 (Parzelle Nr. 59/3, Flur 2, Gemarkung Pattensen) und Teile des Grundstückes Kurze Heese Nr. 2 (Parzelle 59/4, Flur 2, Gemarkung Pattensen).

Die Änderung des Bebauungsplanes liegt mit Begründung vom Tage dieser Bekanntmachung an im Planungsamt der Stadt Pattensen, Hofstraße 2, 3017 Pattensen, öffentlich aus und kann während der Sprechstunden eingesehen werden.

Gemäß § 12 BBauG wird die 3. (vereinfachte) Änderung des Bebauungsplanes Nr. 132 mit dieser Bekanntmachung rechtsverbindlich.

Entstehen im Gebiet des Bebauungsplanes einem Eigentümer oder sonstigem Nutzungsberechtigten Vermögensnachteile dadurch, daß

1. er im berechtigten Vertrauen um den Bestand des bisher rechtsverbindlichen Bebauungsplanes Nr. 132 Vorbereitungen für die Verwirklichung von Nutzungsmöglichkeiten getroffen hat (Vertrauensschaden nach § 39 j BBauG in der Fassung vom 18.08.1976 (BGBl. I S. 2256),

2. im Bebauungsplan

a) Flächen für bestimmte Nutzungen (insbesondere für Gemeinbedarfs-, Verkehrs- und Gemeinschaftsanlagen) festgesetzt sind (§ 40 BBauG),

b) Flächen mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten belastet sind (§ 42 BBauG),

c) Bindungen für Bepflanzungen festgesetzt sind (§ 43 BBauG) oder

d) eine zulässige Nutzung geändert oder aufgegeben ist (§ 44 BBauG),

so kann der Entschädigungsberechtigte im Rahmen

der vorgenannten §§ Entschädigung verlangen. Er kann die Fälligkeit des Anspruches dadurch herbeiführen, daß er die Leistung der Entschädigung schriftlich bei dem Entschädigungspflichtigen beantragt.

Ein Entschädigungsanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von 3 Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die genannten Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruchs herbeigeführt wird.

Eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des BBauG beim Zustandekommen des o.a. Bebauungsplanes ist gemäß § 155 a BBauG unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich unter Bezeichnung der Verletzung innerhalb eines Jahres seit Inkrafttreten der Satzung gegenüber der Stadt Pattensen geltend gemacht worden ist. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Genehmigung oder die Veröffentlichung der Satzung verletzt worden sind.

Pattensen, den 14.06.1983

STADT PATTENSEN
Der Stadtdirektor
Drücker

1. (vereinfachte) Änderung des Bebauungsplanes Nr. 117, Gewerbegebiet II, OT Pattensen

Der Rat der Stadt Pattensen hat in seiner Sitzung am 08.06.1983 die 1. (vereinfachte) Änderung des Bebauungsplanes Nr. 117, Gewerbegebiet II, OT Pattensen, einschließlich der Begründung gemäß § 10 Bundesbaugesetz (BBauG) als Satzung beschlossen.

Das Gebiet der Bebauungsplanänderung umfaßt die Grundstücke Werner-von-Siemens-Straße Nr. 20 und Nr. 22, bestehend aus den Parzellen 95/74, 95/75, 95/92 und 95/91 der Flur 2, Gemarkung Pattensen.

Die Änderung des Bebauungsplanes liegt mit Begründung vom Tage dieser Bekanntmachung an im Planungsamt der Stadt Pattensen, Hofstraße 2, 3017 Pattensen, öffentlich aus und kann während der Sprechzeiten eingesehen werden.

Gemäß § 12 BBauG wird die 1. (vereinfachte) Änderung des Bebauungsplanes Nr. 117, Gewerbegebiet II, OT Pattensen, mit dieser Bekanntmachung rechtsverbindlich.

Entstehen im Gebiet des Bebauungsplanes einem Eigentümer oder sonstigem Nutzungsberechtigten Vermögensnachteile dadurch, daß

1. er im berechtigten Vertrauen auf den Bestand des bisherigen verbindlichen Bebauungsplanes Nr. 117 Vorbereitungen für die Verwirklichung von Nutzungsmöglichkeiten getroffen hat (Vertrauensschaden nach § 39 j BBauG in der Fassung vom 18.08.1976 (BGBl. I S. 2256))

2. im Bebauungsplan

- a) Flächen für bestimmte Nutzungen (insbesondere für Gemeinbedarfs-, Verkehrs- und Gemeinschaftsanlagen) festgesetzt sind (§ 40 BBauG),
- b) Flächen mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten belastet sind (§ 42 BBauG),
- c) Bindungen für Bepflanzungen festgesetzt sind (§ 43 BBauG) oder
- d) eine zulässige Nutzung geändert oder aufgegeben ist (§ 44 BBauG)

so kann der Entschädigungsberechtigte im Rahmen der vorgenannten §§ Entschädigung verlangen. Er kann die Fälligkeit des Anspruches dadurch herbeiführen, daß er die Leistung der Entschädigung schriftlich bei dem Entschädigungspflichtigen beantragt.

Ein Entschädigungsanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von 3 Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die genannten Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruches herbeigeführt wird.

Eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des Bundesbaugesetzes beim Zustandekommen des o.a. Bebauungsplanes ist gemäß § 155 a BBauG unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich unter Bezeichnung der Verletzung innerhalb eines Jahres seit Inkrafttreten der Satzung gegenüber der Stadt Pattensen geltend gemacht worden ist. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Genehmigung oder die Veröffentlichung der Satzung verletzt worden sind.

Pattensen, den 14.06.1983

STADT PATTENSEN
Der Stadtdirektor
Drücker